

Die derzeitige Bundesregierung arbeitet an einem Umbau der Republik. Bestehende Errungenschaften der Arbeiterbewegung sollen abgebaut werden. Der Sozialstaat und das Sozialversicherungssystem werden rückgebaut und entdemokratisiert, die ArbeitnehmerInnenbewegung soll insgesamt massiv geschwächt werden. Auf der anderen Seite werden die Forderungen der Industriellenvereinigung und Immobilienwirtschaft vollinhaltlich übernommen und eine massive Umverteilung von den ArbeitnehmerInnen zur Großindustrie gestartet. Neben Kürzungen bei der Unfallversicherung von einer halben Milliarde sind Steuergeschenke an die Unternehmen und ein Abbau des ArbeitnehmerInnen-schutzes geplant. Die Geschenke an die Großindustrie sollen von den ArbeitnehmerInnen bezahlt werden: durch längere Arbeitszeiten, niedrigere Leistungen (Kürzungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, geringeres Arbeitslosengeld, Kürzung der Altersteilzeit, Einschnitte bei krankheitsbedingten Pensionen, Abschaffung der Notstandshilfe, etc.).

Unterentlohnung und Sozialdumping werden günstiger: Die Sozialversicherung soll keine Beitragsprüfung mehr machen dürfen, das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz wird entschärft und Strafen bei Verstößen durch Abschaffung des Kumulationsprinzips (viele Verstöße zählen nicht mehr als einer) unwirksam gemacht.

Damit dieses Programm umgesetzt werden kann, plant die Regierung einen umfassenden Angriff auf die Vertretungen der ArbeitnehmerInnen: Kürzung der Mittel für die Arbeiterkammern, Umgehung der Kollektivverträge in Arbeitszeitfragen und damit Schwächung der Gewerkschaften, Abschaffung der JugendvertrauensrätInnen, Zusammenlegung von Betriebsratskörperschaften und Verlust von Mandaten und Freistellungen.

Die Sozialversicherung soll nicht mehr von den VertreterInnen der versicherten Menschen, sondern von den ArbeitgeberInnen dominiert werden. Dabei geht es nicht um Effizienz. Der Verwaltungsaufwand der österreichischen Sozialversicherung ist sehr niedrig, die geplanten Einsparungen gehen daher zu Lasten der versicherten Menschen und der dort Beschäftigten. Die Regierung kündigt an, die Unfallversicherung aufzulösen, wenn sie nicht unerfüllbare Vorgaben von Einsparungen in der Höhe von 40 % des Budgets erfüllen kann.

Höchstgrenzen der Arbeitszeit und ArbeitnehmerInnenschutz werden nicht aus einem gesundheitspolitischen Aspekt betrachtet, sondern als Überregulierung, die einer Entbürokratisierung geopfert werden sollen.

Hinter all dem steht ein neoliberales Weltbild und der Versuch die Gesellschaft zu spalten und zu entsolidarisieren. Ein Dialog mit den ArbeitnehmerInnen im Rahmen der Sozialpartnerschaft wird verweigert.

Wir BetriebsrätInnen und Mitglieder des Bundesvorstandes der GPA-djp, der Regionalvorstände und der Wirtschaftsbereichsausschüsse sagen klar: Wir werden einen Angriff auf die Rechte der ArbeitnehmerInnen nicht widerstandslos hinnehmen.

Wir fordern:

Sozialversicherung und Sozialstaat

- Erhalt der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung mit Budget und Vertragshoheit. Führung der Träger durch demokratisch legitimierte VertreterInnen der Versicherten.
- Erhalt der AUVA finanziert durch ArbeitgeberInnenbeiträge basierend auf dem 4 Säulenmodell: Prävention, Unfallversorgung, Rehabilitation, Unfallrenten.
- Einhebung und Prüfung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Sozialversicherung.
- Erhaltung der Arbeitsplätze und des Kollektivvertrages für die Beschäftigten der Sozialversicherung.
- Leistungsharmonisierung in der Krankenversicherung, Angleichung nach oben, keine allgemeinen Selbstbehalte.
- Keine Abschaffung der Notstandshilfe und damit einhergehende Enteignung von Arbeitslosen durch „Vermögensverwertung“.

Arbeitszeit, Arbeitsrecht und Mitbestimmung

- Keine gesetzliche Ausweitung der Höchstarbeitszeiten auf 12 Stunden am Tag und 60 Stunden in der Woche.
- Keine Verbetrieblichung der Arbeitszeitregelungen und Schwächung der Kollektivverträge. Einzelne ArbeitnehmerInnen dürfen nicht der Übermacht des Arbeitgebers ausgesetzt werden.
- Effektive Kontrolle und Sanktionen bei Arbeitszeitverletzungen. Keine Abschaffung von Kumulationsprinzip und Bagatellstrafen.
- Erhalt der Arbeiterkammern mit gesetzlicher Mitgliedschaft.
- Keine Kürzung der AK-Beiträge.
- Erhalt des Jugendvertrauensrats.
- Die ArbeitnehmerInnen sollen weiter selbst entscheiden, ob sie gemeinsame oder getrennte Betriebsräte für ArbeiterInnen und Angestellte wählen.
- Nein zur Senkung der Zahl der Betriebsratsmitglieder und der Freistellungen.

Die Bundesvorständekonferenz des ÖGB hat klargestellt: Wer den ArbeitnehmerInnenschutz angreift, Mitbestimmungsmöglichkeiten von ArbeitnehmerInnen abschafft und die Sozialversicherung den Versicherten nehmen will, hat mit massivem Widerstand der Gewerkschaftsbewegung zu rechnen.

Die GPA-djp steht voll hinter diesem Beschluss und wird in den kommenden Wochen in allen Bundesländern Aktivitäten setzen und als ersten Schritt gemeinsam die BetriebsrätInnen und in weiterer Folge die Belegschaften über die Pläne der Regierung informieren.